

Beschluss des Landrats vom 21.03.2024

Nr. 465

1. Begrüssung, Mitteilungen 2024 2023/653; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) begrüsst zur Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

– *Sportlicher Landrat*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, das Nordwestschweizer Parlamentarier/innen-Skirennen vom 9. März 2024 habe leider trotz des herrlichen Wetters und super präparierter Piste nicht stattfinden können, weil auf dem Briener Rothorn die Bahnen wegen des Sturms nicht in Betrieb gewesen seien. Vielleicht klappt es nächstes Jahr.

Beim FC Landrat steht der Saisonstart an. Die Landratsmitglieder haben kürzlich die Einladung zum traditionellen Match gegen den FC Roche Direktion erhalten. Das Spiel findet am 3. Mai in Birsfelden statt. Anmeldeschluss ist der 19. April 2024.

– *Glückwünsche*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) gibt bekannt, dass seit der letzten Sitzung drei Ratsmitglieder einen runden Geburtstag gefeiert hätten, denen er heute herzlich gratuliere: Am 8. März ist Ernst Schürch 60 geworden; am 10. März hat Urs Schneider seinen 50. Geburtstag gefeiert; und am 18. März hat auch Jacqueline Wunderer einen «Runden» feiern können. Alles Gute! *[Applaus]*

– *Entschuldigungen*

Ganzer Tag Roman Brunner, Tim Hagmann, Werner Hotz, Laura Ineichen, Andreja Weber

Vormittag Dominique Erhart

Nachmittag Christine Frey, Adil Koller, Stefan Meyer

– *Begründung für die Abwesenheit der Regierungsratsmitglieder*

Regierungspräsidentin Monica Gschwind ist ganztägig entschuldigt; sie nimmt an der Vorstandssitzung der Erziehungsdirektorinnen- und Erziehungsdirektoren-Konferenz teil. Am Nachmittag ist Regierungsrätin Kathrin Schweizer entschuldigt; sie vertritt den Kanton in Baden-Württemberg an der Verabschiedung der Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Und entschuldigt ist ab 11.30 Uhr auch Landeschreiberin Elisabeth Heer Dietrich; sie nimmt an der Staatsschreiberkonferenz teil.

– *Fraktionserklärung der SP-Fraktion*

Jan Kirchmayr (SP) blickt auf den 28. September 2022 zurück. Damals präsentierte der Finanzdirektor das Budget 2023 und führte aus, dass es dem Kanton finanziell gut gehe und es keine finanziellen Probleme gebe. Nun wird nach der gestrigen Präsentation der Jahresrechnung 2023 ersichtlich, dass der Kanton vor einem finanzpolitischen Scherbenhaufen steht und es einen Aufwandüberschuss von CHF 94 Mio. gibt. Der SP stösst besonders sauer auf, dass mit einem geschönten Budget auf Stimmenfang für die Vermögenssteuerreform [2022/152] gegangen und gross dafür Werbung gemacht wurde. Diese Vermögenssteuerreform ist nun mintunter dafür verantwortlich, dass in den künftigen Finanzplanjahren die Zahlen ziemlich düster sind. De facto wurden mit einem geschönten Budget Steuersenkungen für die Reichsten im Kanton durchgeboxt.

Nach dem letzten Abbaupaket 2015 ist die Zitrone ausgepresst. Die Luft ist draussen und der Kanton, aber auch die Gemeinden brauchen dringend mehr Einnahmen und es ist wichtig, dass nun auch eine Diskussion über solche Massnahmen geführt werden kann.

Die gestrige Kommunikation des Regierungsrats führt zu einigen Fragezeichen und war ziemlich intransparent. Es wurde eine Medienmitteilung zur Präsentation der Jahresrechnung 2023 verschickt – jedoch ohne Landratsvorlage und ohne die Folien der Präsentation. In der Medienmitteilung stand lediglich in einem Satz, dass es einen Auftrag zur Ausarbeitung eines Sparpakets gebe. Der Landrat wird über alles andere im Unklaren gelassen: Wie viel soll abgebaut werden? Wer ist alles davon betroffen? Was ist die Zeitachse? Wie stark soll die Zitrone noch ausgepresst werden? Wie wird verhindert, dass das Abbaupaket nicht vor allem die tiefen und mittleren Einkommen am meisten trifft – Stichwort Prämienverbilligungen?

Für die SP ist erstens klar, dass der Kanton Basel-Landschaft ein beliebter Wohnort mit ausgebauter familienergänzender Betreuung und Tagesschulen sein soll. Dies ist nicht nur ein Nice-to-have, sondern auch ein Return on Investment. Zweitens soll der Kanton ein guter Arbeitgeber in einem guten Umfeld sein, bleiben und auch werden. Drittens steht die SP – dies ist ihr ganz wichtig – zur bikantonalen Trägerschaft der Universität Basel, die eine Volluniversität ist und in einem internationalen Wettbewerb mithalten kann. Dies bedeutet genügend Mittel für die Universität.

– *Erklärung des Regierungsrats*

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für den Steilpass von Jan Kirchmayr, der ihm die Möglichkeit gebe, sich in diesem Rahmen zu äussern. Immerhin haben die SP und der Regierungsrat die gleichen Ziele: Das Baselbiet soll vorwärtsgebracht werden, es soll attraktiv bleiben und noch attraktiver werden. Um dies zu erreichen, braucht es bestimmte Mittel und die Frage ist, ob diese Mittel vorhanden sind oder nicht. Der Regierungsrat verfügt über eine unterjährige Steuerung. Die Entwicklung der Finanzlage wird damit im Quartalstakt überprüft, kontrolliert und weiterentwickelt. Vielleicht war der Regierungsrat gestern bei der Präsentation der Jahresrechnung 2023 zu transparent, aber nur dank dieser Transparenz kann heute bereits diese Diskussion geführt werden. Regierungsrat Anton Lauber bittet die SP-Fraktion, dies als positiv anzuschauen.

Bei der gestrigen Rechnungspräsentation musste der Regierungsrat aufzeigen, was aktuell abläuft. Im Dezember 2023 wurde der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024–2027 [2023/396] verabschiedet. In diesem AFP – den der Landrat gesehen und einen Beschluss dazu gefasst hat – sind bereits Tendenzen von Mehrkosten enthalten: In der Gesundheit sind dies CHF 181 Mio. auf vier Jahre und bei der Bildung CHF 117 Mio. auf vier Jahre. Die Vorjahre waren jedoch – mit Ausnahme des Covid-Jahres 2020 – sehr gut. Wer nun sagt, es sei falsch budgetiert worden, soll die Rechnungen anschauen. Die Jahresrechnung 2022 hatte ein operatives Ergebnis von CHF 290 Mio. Nun ist die Ausgangslage aber, dass es die Kostentreiber Gesundheit und Bildung gibt. Der Regierungsrat wäre schlecht beraten, wenn er einfach die Augen davor verschliessen und aus einem politischen Kalkül heraus sagen würde, es gehe einfach so weiter.

Der Regierungsrat hat jeweils einen Forecast – das heisst er beginnt bereits im Dezember mit dem nächsten Aufgaben- und Finanzplan. In den ersten drei Monaten des Jahres müssen die Direktionen der Finanz- und Kirchendirektion (FKD) melden, wie die künftigen Entwicklungen aussehen werden. Dann wird die Differenz zwischen dem letztjährigen AFP zum mutmasslich neuen AFP angeschaut. Dies das normale und ausserordentlich transparente Prozedere.

Was haben die Direktionen der FKD diesmal gemeldet? Erstens eine weitere Reduktion der direkten Bundessteuer. Hierbei handelt es sich um eine Prognose, die seitens Bund per Schreiben mitgeteilt wird. Auch bei der Verrechnungssteuer wird eine Reduktion erwartet. Dies sind zwei Positionen, die auch in der Rechnung 2023 massgeblich zum negativen Ergebnis beigetragen haben. Eine weitere Meldung betraf die Sonderschulen. Gegenüber dem AFP 2024–2027 wird eine jährliche Verschlechterung von rund CHF 12 Mio. prognostiziert. Dann gibt es einen Basiseffekt bei der

Universität Basel, auch wegen der Teuerung. Ab 2026 wird in etwa CHF 12 Mio. pro Jahr gerechnet. Dann gab es auch Meldungen der Direktionen zum öffentlichen Verkehr, zur Abfallbewirtschaftung, zum Baustoffkreislauf, zur FHNW – ebenfalls mit der Teuerung verbunden –, zur Raumplanung, zu den vielen unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA), die etwa CHF 5 Mio. ausmachen, und zu den stationären Spitalkosten, die in den Jahren 2024–2027 schon eingeplant sind, aber aufs 2028 mit dem Basiseffekt nochmals um CHF 12,6 Mio. steigen werden. Wird dies alles zusammengezählt, dann gelangt man abzüglich der sich im Forecast gleichzeitig zeigenden Verbesserungen zu einer Kostensteigerung von über CHF 300 Mio. auf die Jahre 2025–2028.

Nun heisst es, dies hätte nicht kommuniziert werden sollen – respektive weiss Regierungsrat Anton Lauber nicht genau, was Jan Kirchmayr ihm sagen wollte. Der Regierungsrat hat seine Arbeit gemacht. Er hat im Dezember begonnen, sich zu organisieren, und hat eine Finanzstrategie erarbeitet, wie dies Aufgabe der Exekutive ist. Aktuell befindet man sich in Phase II der Finanzstrategie. Das heisst, die Direktionen haben den Auftrag erhalten, den gemeldeten Forecast so zu senken, dass er wieder in den Bereich kommt, der für den Kanton Basel-Landschaft mach- und finanzierbar ist. Regierungsrat Anton Lauber versteht nicht ganz, weshalb es heisst, es sei nicht richtig gearbeitet worden.

Die Kommunikation wird selbstverständlich weiter laufen. Die Direktionen arbeiten nun und der Regierungsrat wird in mehreren Seminaren die Thematik weiter gemeinsam erarbeiten und Lösungen suchen. Dies ist der typische Aufgabenbereich einer Exekutive. Aus Sicht des Regierungsrats wäre es falsch gewesen, mit der Rechnung 2023 nicht zu kommunizieren, was aktuell im Forecast läuft.

Die Frage ist, wo gespart wird. Vorhin war schon zu hören, wo nicht gespart werden soll. Aus Sicht des Regierungsrats gibt es keine Tabus. Es gibt Prüfaufträge und diese müssen erfüllt werden. Basierend auf diesen Prüfaufträgen macht der Regierungsrat eine gesamtheitliche Auslegeordnung und beschliesst dann im Rahmen des AFP 2025–2028.

Noch etwas zur Rechnung 2023, die gestern eigentlich das Hauptthema war: Was ist passiert? Es gab Mindererträge bei der Verrechnungs- und der direkten Bundessteuer, Mehrkosten in der Höhe von CHF 49 Mio. für eine Deponie und CHF 25 Mio. wurden im Bereich der Gesundheit abgeschrieben, wegen des mutmasslichen Minus, welches das Kantonsspital Baselland schreibt. Regierungsrat Anton Lauber bittet um Auseinandersetzung mit der Thematik und zwar mit möglichst objektiven Anhaltspunkten und Daten.

– *Begrüssung von Gästen auf den Zuschauerplätzen*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) begrüsst um 13.30 Uhr den Kurs «Politisches Seminar» der WMS Reinach mit Lehrer Ali Köz.

– *Begründung persönlicher Vorstösse*

Keine Wortmeldungen.
